

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Sozialausschusses
von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Donnerstag, den 21.06.2018
Sitzungsbeginn:	15.00 Uhr
Sitzungsende:	17.23 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Sitzungszimmer 1

Anwesend waren:

Stadtvorstand

Beate Steeg

SPD-Stadtratsfraktion

Holger Scharff

Hans-Joachim Weinmann

Paul Ludwig

Jürgen Kofink

CDU-Stadtratsfraktion

Dr. Peter Uebel

Barbara Defossé

Joannis Chorusis

Christoph Heller

Markus Trescher

Andreas Massion

Liberal Konservative Reformer

Andreas Kühner

FWG-Stadtratsfraktion

Hans Arndt

DIE LINKE Stadtratsfraktion

Friederike Rüd

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Ibrahim Yetkin

Schritfführer/in

Margit Geibel

Entschuldigt fehlten:

FDP-Stadtratsfraktion

Dieter Schneider

Jörg Matzat

Gäste:

Aderhold Christel

Beer Stephan

Czodrowsi Beate

Vena Francesco

Tagesordnung:

1. Sachstandsbericht Asyl
Vorlage: 20186006
2. Vorstellung des Projektes "Kommunales Arbeitsmarktprogramm zur Beschäftigung von Asylsuchenden (KABA)
Vorlage: 20186008
3. Wohnen für Menschen mit Behinderung - Ergebnisse des Eingliederungshilfeverbundes Vorderpfalz
Vorlage: 20186009
4. Berichtsvorlagen im Sozialausschuss
Vorlage: 20186013
- . Anfragen und Mitteilungen
1. Krankenkosten für Asylbewerber und Geduldete (Asylbewerberleistungsberechtigte)
Vorlage: 20185458

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Sozialausschuss war beschlussfähig.

Protokoll:

Frau Beigeordnete Steeg begrüßt die Mitglieder des Sozialausschusses und die Vertreter der Presse. Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet sie das neue Stellvertretende Mitglied des Sozialausschusses, Herrn Stephan Beer.

zu 1 Sachstandsbericht Asyl

Frau Beigeordnete Steeg informiert die Mitglieder des Sozialausschusses über den aktuellen Sachstand zum Thema Asyl. Im Jahr 2018 kamen bisher monatlich rund 30 Flüchtlinge nach Ludwigshafen. Davon stammen 21 % aus der Türkei, 11 % aus Pakistan und 10 % aus Somalia. 78 % der Flüchtlinge sind als Einzelpersonen registriert, 64 % sind männlich. Bis Ende Mai 2018 waren in Ludwigshafen insgesamt 1762 Menschen in Ludwigshafen untergebracht, 73 % davon leben in städtischen oder privaten Wohnungen.

Die Anzahl der Teilnehmenden für reine Asyl-Sprachkurse ist 2018 zurückgegangen, die Zahl der Kurse für „Deutsch als Zweitsprache“ mit bisher 224 Kursen und 3215 Teilnehmern unverändert hoch.

Wenn sich aktuell auch die Zuwanderungszahlen im Rahmen hielten sei die Herausforderung

zur Bewältigung dieser Aufgabe unverändert hoch. Insbesondere müssten Frauen stärker gefördert werden, beispielsweise durch mehr Sprachunterricht für Mütter mit parallelem Betreuungsangebot für ihre Kinder („Mama-Kurse“). Große Probleme, für die die Dozenten erst geschult werden müssten, seien Analphabetismus sowie mangelnde Allgemeinbildung bei einigen Asylsuchenden. Für alle Maßnahmen sei mehr Geld nötig, die Förderprogramme seien stark reduziert. Man bemühe sich, neue Finanzierungswege zu finden.

Zum Abschluss der Präsentation berichtet Frau Beigeordnete Steeg über Neues aus dem ehrenamtlichen Engagement.

Herr Scharff betont die guten Leistungen und die Art und Weise, wie in Ludwigshafen mit dem Thema Asyl umgegangen wurde. Er dankt allen Lehrkräften und allen ehrenamtlich Tätigen.

Herr Dr. Uebel sieht trotz der leichten Entspannung der Lage auch weiterhin die Herausforderung. Es gelte abzuwarten, wie sich der Familiennachzug entwickle. Auch er dankt allen, die sich ehrenamtlich engagieren und bittet darum, diese Menschen auch weiterhin zu begleiten und sich nicht durch Einzelfälle abschrecken zu lassen.

Herr Kühner bedankt sich für die neuen Zahlen. Er bemängelt, dass der Bund die Mittel für das Jahr 2018 drastisch reduziert habe. Er regt an, dass die Stadt für einzelne Kurse (z.B. „Mama-Kurse“) Fördermittelgeber „bewirbt“. Zum Rückgang des ehrenamtlichen Engagements merkt er an, dass inzwischen auch Menschen hier „angekommen“ seien, die einer Unterstützung wie bisher nicht mehr bedürften.

B E S C H L U S S :

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 2 Vorstellung des Projektes "Kommunales Arbeitsmarktprogramm zur Beschäftigung von Asylsuchenden (KABA)

Frau Beigeordnete Steeg stellt den Mitgliedern des Sozialausschusses das Projekt „Kommunales Arbeitsmarktprogramm von Asylsuchenden (KABA) vor. Dieses Programm solle motivierten Asylbewerbern mit vorübergehendem Bleiberecht die Möglichkeit geben, in Teilzeit bei Betrieben oder der Kommune zu arbeiten. Nach einem erfolgreichen Praktikum von vier Wochen erhalte der Asylsuchende einen sozialversicherten Teilzeitvertrag mit 15 bis 20 Wochenstunden. Der Teilnehmer sei gleichzeitig dazu verpflichtet, einen Sprachkurs (in Teilzeit) zu besuchen. Dies ermögliche den Asylbewerbern, erste Arbeitserfahrungen zu sammeln und ihre Chancen auf Ausbildungsplätze und freie Stellen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Dauer des Programms solle für jeden Teilnehmer einzeln berechnet werden, jedoch mindestens sechs Monate betragen. Eine Verlängerung auf bis zu einem Jahr oder bis zum Ausbildungs- oder Arbeitsbeginn sei möglich. Der Lohnkostenzuschuss betrage 75 % des Bruttolohns für die Betriebe bzw. die Kommune.

Die Teilnehmer für das Programm, so erläutert Frau Beigeordnete Steeg, würden gezielt ausgewählt. Nur Asylbewerber mit vorübergehendem Bleiberecht kämen infrage, die nach-

weislich keine Straftaten begangen hätten und die die deutsche Sprache ausreichend beherrschten. Voraussetzung sei auch, dass die Teilnehmer/innen bei der VHS als motiviert bekannt seien.

Frau Beigeordnete Steeg weist auch darauf hin, dass Flüchtlinge bei der Arbeit ihre Sprach- und Allgemeinkenntnisse verbessern könnten. Es gelte das Motto, dass Arbeit integriere.

Mit den Worten „Arbeiten und lernen statt Nichtstun. Das ist ein Plus für alle.“ fasste Frau Beigeordnete Steeg die Idee des Programms zusammen. Sie sichert den Mitgliedern des Sozialausschusses zu, in spätestens einem Jahr über erste Ergebnisse zu berichten.

Herr Scharff, Herr Dr. Uebel , Herr Kühner, Herr Yetkin und Frau Rüd begrüßen dieses Programm. Auf Nachfrage betont Frau Kiefer, Bereich Weiterbildung, dass es sich nicht um Arbeitsgelegenheiten handle.

B E S C H L U S S :

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

zu 3 Wohnen für Menschen mit Behinderung - Ergebnisse des Eingliederungshilfeverbundes Vorderpfalz

Herr Eberle, Bereichsleiter des Bereichs Senioren, stellt die Ergebnisse der Expertenbefragung zu zukünftigen Wohnbedarfen von Menschen mit Behinderung im Rahmen des Eingliederungshilfeverbundes Vorderpfalz vor. Demnach würden in den nächsten Jahren in Ludwigshafen mindestens 16 barrierefreie/-arme Wohnungen benötigt. In den nächsten drei Jahren bestehe in Ludwigshafen ein erhöhter Bedarf an Wohnungen für Menschen mit Behinderungen. Mit zunehmender demografischer Entwicklung werde sich der Bedarf an Wohnraum mit Unterstützung für Menschen mit Behinderung weiter erhöhen. Auch die ambulante Versorgungsstruktur für Menschen mit Behinderung müsse noch weiter ausgebaut werden.

Er bittet die Mitglieder des Sozialausschusses, auf dieses Thema aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Herr Scharff und Herr Trescher verweisen auf den Beirat für Menschen mit Behinderung und die Wohlfahrtsverbände, die sich einbringen. Herr Kühner mahnt, dass sich die Datenlage schnell ändern könne.

B E S C H L U S S :

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

zu 4 Berichtsvorlagen im Sozialausschuss

Herr Yetkin und Frau Rüd stellten ihren Antrag nochmals vor.

Frau Beigeordnete Steeg äußert Verständnis für das Anliegen und informiert über die rechtlichen Vorgaben in der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Es gäbe Präsentationen, die nur den Extrakt eines Themas darstellen würden und daher der Erläuterung im Sozialausschuss bedürften. Sie schlägt für die Zukunft vor, dass spätestens montags vor der Sitzung des Sozialausschusses alle Unterlagen im Ratsinformationssystem zugänglich gemacht werden. Die Mitglieder des Sozialausschusses würden durch eine entsprechende e-mail informiert.

B E S C H L U S S :

Der Sozialausschuss nimmt den Vorschlag an.

zu Anfragen und Mitteilungen

zu 1 Krankenkosten für Asylbewerber und Geduldete (Asylbewerberleistungsberechtigte)

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss die Vorsitzende um 17.23 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 27.06.2018

Margit Geibel
Schriftführerin

Beate Steeg
Vorsitzende